

Bezugspreis:

Vierteljähr. 4.- M., monatl. 1.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Post bezug: Monatlich 1.- M., ggf. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmal Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Dänemark, Schweden u. die Schweiz, Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die sozialpolitische Kampfbroschüre „Die sozialpolitische Kampfbroschüre“ kostet 1.50 M. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 65 Hg. (zählend 2 getrennte Worte), jedes weitere Wort 40 Hg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 50 Hg., jedes weitere Wort 30 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigengebühr 50%. Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Vereine-Anzeigen 1.50 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 12. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Ende des Kaliarbeiterstreiks.

Die Streiks.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“)

In der „dritten Reichskonferenz der Kaliarbeiter Deutschlands“, die von der „Verhandlungskommission“ und dem Bezirks-Vergarbeiterrat für den 11. August nach dem Volkspartei in Halle einberufen war, wurde nach stürmischen Auseinandersetzungen in geheimer Abstimmung der Abbruch des „Generalstreiks“ beschlossen.

Oberhalb haben auch die dort anwesenden Braunkohlebergarbeiter es abgelehnt, in einen Sympathiestreik einzutreten.

Oberschlesien.

Die Pressestelle des Staatskommissariats teilt mit: Die Streikbewegung ist weiter im Zunehmen. Die gestern genannten Gruben streikten noch weiter. Hinzugekommen sind: Gräfen Laura und Rietzschgrube von der Vereinigten Mühlgrube und Lauragütte, Carlshagenberg Berginspektion hier, Anutow, Brandenburggrube und Heinh. Auf Deutschland und Schlesiengrube ist kein Mann vorhanden. Die Kohlenarbeiten werden notwendig von Zeigern und Beamten ausgeführt, auf den übrigen Gruben werden die Kohlenarbeiten von übermäßigen Arbeitern und Arbeiterinnen auch nur notwendig ausgeführt. Der Streik ist rein politisch. Volkswirtschaftliche Forderungen sind überhaupt nicht gestellt worden. Ein sogenannter Delegiertenverband hat folgende Forderungen formuliert:

- 1. Um der ersten Befehle eines Generalstreiks vorzugeben, wird um Durchführung folgender Forderungen ersucht:
1. Restlose und sofortige Einstellung derjenigen Arbeiter, denen gekündigt worden ist bzw. die bereits entlassen sind.
2. Zu der Einstellung der Grenzschleuse in ihr früheres Arbeitsverhältnis kann erst dann Stellung genommen werden, wenn zu Punkt 1 sämtliche entlassenen Arbeiter eingestellt sind.
3. Antilassung der politischen Selbsten.
4. Den Delegiertenverband der Oberen Oberschlesiens voll und ganz als vertragsmäßigen Stand anzuerkennen.
5. Volle Garantie für ungestörtes Reisen der Delegierten und unentgeltliche zur Verfügungstellung eines Raumes und von Büroraumräumen nebst dem dazugehörigen Inventar.
6. Volle Entschädigung derjenigen Delegierten, die die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Es werden hier bis fünf Personen in Betracht kommen, die künftig ihren Sitz in den geforderten Räumen haben werden.
7. Aufhebung der Grenzsperrung und des Belagerungszustandes. Wie begründet derläutet, soll noch heute versucht werden, Verhandlungen einzuleiten.

Der Bankbeamtenstreik in Hamburg.

Montag morgen sind wegen des Bankbeamtenstreiks sämtliche Banken geschlossen worden. Eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist nicht zu erzielen und der Demobilisierungskommissioner müßte die Verhandlungen abbrechen. Der Streik bedeutet für das Hamburger Wirtschaftsleben eine schwere Schädigung. Es ist außerdem mit der Möglichkeit zu rechnen, daß andere Angehörigen der Gruppe sich mit den Bankbeamten solidarisch erklären, besonders nachdem der Vorsitzende des Zentralverbandes der Handelsgeschäfte die Solidarität der in seinem Verband organisierten Angestellten zugesichert hat.

Italien.

Stellungnahme der italienischen Gewerkschaften.

Lugano, 12. August. Der italienische Generalgewerkschaftsrat wird zum 15. bis 17. August eine Konferenz einberufen, um über die Streikbewegung zu beraten.

Streik in der oberitalienischen Textilindustrie.

Lugano, 12. August. Am Montag begannen in Lugano, Gallarate, Monza und Rallo d'Alano die Streiks der Vorarbeiter der Textilfabriken. Durch den Streik werden 70 000 Arbeiter beschäftigungslos.

Matrosenstreik.

Gang, 12. August. Die „Times“ erzählt aus Rom, daß in Genoa und Neapel ein Matrosenstreik ausgebrochen ist. Über 50 Schiffe liegen still, besonders die Schiffe, die von der Regierung requiriert wurden, um Nahrungsmittel aus Amerika zu holen. Der Premierminister ist nach Neapel gefahren, um dort persönlich zu vermitteln. In Venedig und in der Lombardie dauern die Streiks fort. Auch der Typographenstreik in Rom ist noch nicht beendet. Die Regierung wird wahrscheinlich Maßnahmen gegen die Verbreiter des Lebensmittelstreiks und so die gewünschte Lösung der Arbeiter-Schwierigkeiten herbeizuführen suchen.

England.

London, 12. August. (All.) Sämtliche Vergarbeiter des Kohlenbezirks von Bochum in der Grafschaft

Wife sind in den Ausstand getreten. Es handelt sich bei diesem Ausstand um Lohnfragen.

Die Folgen des englischen Vergarbeiterstreiks.

Amsterdam, 12. August. (All.) Obschon der Ausstand in Yorkshire in der Presse fast nicht mehr besprochen wird, dauert er noch immer fort, und es liegen keine Anzeichen vor, die auf eine baldige Beilegung des Konflikts hinweisen. In den Parlamenten wurde auf die Folgen dieses Streiks hingewiesen und mitgeteilt, daß die Produktion der englischen Kohlengruben in der letzten Woche des Juli nur 2537 854 Tonnen gegen 4806 933 Tonnen in der gleichen Woche von 1918 betrug.

Amerika.

Amsterdam, 11. August. Die „Times“ meldet aus Washington, daß sich die Lage in der amerikanischen Industrie dank der Entschlossenheit, mit der Wilson eingegriffen hat, wesentlich gebessert hat. In allen Eisenbahnwerkstätten begannen die Streiks abzulauern. Wilsons Rede vor dem Kongress findet sowohl beim Publikum als auch beim Kongress selbst Anklang. In New York ist zwischen den Schauspielern und Theaterdirektoren noch keine Einigung erzielt worden. Jeder der Hauptstreiks sind noch geschlossen.

Wie das Postbureau Radio aus New York meldet, ist der Streik der Transportangestellten in Brooklyn beendet.

Amerika gegen die Lebensmittelsteuer.

St. Louis, 12. August. Der amerikanische Oberstaatsanwalt Palmer hat alle Kommissionen, die unter Hoover's Leitung bei der Lebensmittelverteilung in Europa die Preise feststellen und die bereits angefaßt wurden, illegal erklärt, sich berechtigt halten, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, und zwar nicht amtlich, bis der Kongress darüber seine Entscheidung getroffen haben wird. Die Kommissionen sollen über die richtigen Preise feststellen und veröffentlichen, damit das Publikum erfährt, welches die richtigen und welches die Wunderpreise sind. Das Ergebnis dieser Preisfeststellung soll dem Kongress als allgemeiner Richtfaden dienen. Die Kommissionen sollen überall Vertreter der Arbeiterpartei, Frauen und drei Vertreter des allgemeinen Publikums als Mitglieder aufnehmen. Es wurde festgestellt, daß im Juli 1919 die Kosten des Lebensunterhalts 71 Proz. höher waren als bei Ausbruch des Krieges. Die Nahrungsmittel um 100 Proz., Heizung, Gas und Stielzettel um 87 Proz., andere Artikel um 68 Proz. gestiegen.

Hinausschiebung auch der englischen Ratifikation?

Wie die „Times“ aus Ottawa melden, hat die britische Regierung eingewilligt, daß Großbritannien die amtliche Ratifikation des Friedensvertrages bis zum Wiederzusammentritt des kanadischen Parlaments im September verschiebt.

Man dürfte bisher glauben, daß Großbritannien die erste Macht unter unseren bisherigen Gegnern sein würde, die dem Friedensvertrage zur internationalen Rechtsgültigkeit verhelfen würde. Besonders auch die britische Regierung die Ratifikation, so weit die Hoffnung immer geringer, daß sich bald drei Hauptmächte zur Ratifikation bereit finden werden, um den Friedensvertrag rechtskräftig zu machen.

Kriegsgewinnsteuer auch in England.

Aus London wird vom 11. August gemeldet: Das Unterhaus hat nach zweiter Lesung das Gesetz betreffend die Kriegsgewinnsteuer mit 251 gegen 8 Stimmen angenommen.

Abbau der Arbeiterräte in Bayern.

München, 12. August. Der Minister erläßt eine Bekanntmachung, wonach die Teilnahme der Arbeiterräte an den Sitzungen der gemeindlichen Körperschaften sowie der Bezirks- und Kreisräte überflüssig geworden sei, teils in der Zwischenzeit in Neubildung zu diesen Körperschaften dafür gesorgt sei, daß auch die Vertreter des werktätigen Volkes dort selbst Sitz und Stimme haben.

Schneller Abtransport unserer Truppen im Ostikum.

Wien, 11. August. Gegenüber Jochims an dem Abtransport der deutschen Truppen aus Rußland wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß selbst die tschechischen Zeitungen, denen der Abtransport der Deutschen bisher auch nicht schnell genug ging, jetzt mit Zustimmung feststellen, daß der Abtransport in schnellstem Tempo stattfindet.

Es wird bekannt, daß General Goyon zum Obersten Militärbevollmächtigten Frankreichs für die Ostländer ernannt ist. Er wird seinen Wohnsitz in Helsingfors nehmen. Die finnländische Regierung hat der tschechischen mitgeteilt, daß sie in den nächsten Tagen einen Vertreter nach Wlaga schicken wird.

Das Offiziersabfindungsgesetz.

Durch die Verminderung unserer Wehrmacht werden viele Laufende Offiziere überflüssig. Es ist recht und billig, daß man ihnen den Übergang zu einem bürgerlichen Beruf erleichtert, soweit dies angebracht erscheint und im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Reiches liegt.

Die Reichsparteien der Nationalversammlung wollten diesem Umstand auch gern Rechnung tragen. Sie waren bereit, den verabschiedeten Offizieren neben der gesetzlichen Pension für eine bestimmte Zeit eine Übergangszulage zu gewähren, soweit hierzu ein wirkliches Bedürfnis vorhanden ist.

Den Parteien der Rechten war dies natürlich nicht genug. Während sie sonst bei jedem kleinen Demütigen, bei jeder Kriegervorteil, denen etwas zugewendet werden sollte, den haarsträubenden Nachweis der Bedürftigkeit verlangten, lehnten sie hier die Frage nach der Bedürftigkeit als unvereinbar mit der besonderen „Ehre des Offiziers“ ab. Ihre Forderungen, die durch eine vor den Türen des Beratungsraumes der betreffenden Kommission des Parlaments herumschwebende Offiziersabfindung unterfüttert werden sollten, gingen erheblich über das Maß des Erträglichen hinaus. Zunächst konnte man annehmen, diese Volksvertreter verwechselten die neue Zeit mit der alten; sie verwechselten die Begriffe „können und nicht wollen“ von einst mit „wollen und nicht können“ von jetzt. Doch bald zeigte eine unbedachte Äußerung des konservativen Abgeordneten von Gräfe, daß es den Herren gar nicht um eine ernste Mitarbeit zu tun war, sondern daß ihnen nur daran lag, die Arbeit der Kommission systematisch zu sabotieren und Parteilagitation zu treiben. Gräfe erklärte nämlich, daß es ja ganz gleich sei, wie hoch die Forderungen gingen, er hoffe, daß das Reich seinen Verpflichtungen nicht werde nachkommen können.

Wiso lediglich, weil er glaubte und hoffte, daß der Staatsbankrott vor der Tür stehe, wollte er mit seinen hohen Forderungen die Offiziere fördern und gegen die Regierung aufbringen, ohne daß es ihm um die Erfüllung seiner Ansprüche ernstlich zu tun war. Ein derartiges Verhalten kann man nur als gewissenlos bezeichnen. Der Ausspruch wurde denn auch von einem sozialdemokratischen Abgeordneten sofort festgenagelt, was auf die Herren der Rechten sehr unangenehm wirkte.

Die erste Lesung des Gesetzeswurfs wurde nach unendlichen Schwierigkeiten in der Kommission zu Ende geführt, ohne daß das Ergebnis den Wünschen der Reichsparteien entsprach. Die Folge war, daß sich am nächsten Tage eine wohlorganisierte Sturmflut von Telegrammen an nach berücksichtigten Mustern über verschiedene Abgeordnete der Reichsparteien ergoß. Ungezählte Kommandostellen der Reichswehr glaubten — offenbar auf ein gegebenes Stichwort hin — versichern zu müssen, daß sie mit dem Gesetzeswurf, den sie in der Fassung des Ausschusses noch gar nicht kennen konnten, nicht zufrieden seien und die Forderungen der erwähnten Abordnung namens der Offiziere nachdrücklich unterstützen.

Wenn dieser Telegrammensturm schon an und für sich ein großer Unfug ist, stellt er insofern noch ein besonderes Stück überheblicher Eigenmächtigkeit dar, als die Kommandostellen sich erdreistet haben, alle diese Telegramme unter ganz eskalantem Mißbrauch der Gebührentfreiheit als gebührenfreie Staatstelegramme zu versenden. Und dies zu einer Zeit, wo die Telegraphenleitungen bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit belastet sind und die Postbehörde durch alle erdenklichen Maßnahmen bemüht ist, eine Besserung in der Telegrammbeförderung herbeizuführen.

Es ist zu bedauern, daß es nicht möglich ist, gegen die Absender der Telegramme mit der Verhängung von Strafen vorzugehen; hier ist eine Lücke im Gesetz. Die nachträgliche Einziehung der Telegrammgebühren stellt keine genügende Sühne für den Mißbrauch der Gebührentfreiheit dar. Hoffentlich wird die Postbehörde auf die kleine Anfrage, welche in dieser Angelegenheit von sozialdemokratischer Seite an die Regierung gerichtet worden ist, die richtige Antwort finden.

In den nächsten Tagen soll die zweite Beratung des Abfindungsgesetzes im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung vor sich gehen. Um jetzt schon lästigen Organisationsfreude an etwaigen weiteren Ueberforderungen zu verdrängen, kann ausgesprochen werden, daß die Reichsparteien nicht daran denken, sich durch solche plumpen Kundgebungen irgendwie in ihren Entschlüssen beeinflussen zu lassen. Sie werden das tun, was nach ihrer Ansicht dem Recht entspricht und sich mit den Interessen des ganzen Volkes vereinbaren läßt.

Joseph, der Biedermann.

Darüber habe ich wirklich noch nicht nachgedacht — —

Wie ein Märchen, wie man es artigen Kindern erzählte von dem Marzipanprinzen, dem nur die Flügel zum Engel fehlen, hielt sich die Unterredung, die Erzherzog Joseph einem Berichterstatter allergnädigst zu gewähren geruhte. L. U. gibt sie wie folgt wieder:

Erzherzog Joseph gewährte dem Balkankorrespondenten des „Amsterdamer Allgemeinen Handelsblatt“ eine Unterredung. Der Erzherzog erklärte, die Nationalversammlung werde in fünf bis sechs Wochen zusammentreten. Dann werde sowohl seine Mission wie die der vorläufigen Regierung beendet sein. Das Volk sei monarchisch gesinnt und werde allem Anschein nach die monarchische Staatsform wählen. Auf die Frage, wer dann wohl König von Ungarn werden würde, erwiderte der Erzherzog ausweichend,

darüber habe er wirklich noch nicht nachgedacht.

Uebrigens habe Kaiser Karl für Ungarn noch nicht abgedankt. Der Erzherzog stellte auch in Abrede, daß seine Tochter Sophie seit einigen Wochen mit dem Herzog von Teck verheiratet sei. Seine Tochter kenne den Herzog gar nicht. Es seien haltlose Gerüchte, daß unter diesen Umständen die ungarische Königskrone diesem englischen Herzog angeboten werden solle.

Natürlich soll die Regierung rein christlich werden, dem Auktakt, Kommunismen- und Judenermordungen sowie Minderungen der rumänischen Soldateska entsprechend. Die bösen Kräfte passen da natürlich nicht hinein. So meldet L. U. aus Wien:

Die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung in Budapest haben gewisse Fortschritte zu verzeichnen, sind aber noch zu keinem abschließenden Ergebnis gelangt. Die Szegediner Regierung verlangt ein Zusammengehen mit den Arbeitern, jedoch nur insoweit, als diese christlich seien, und überhaupt die Befolgung einer rein christlichen Politik. Es ist heute noch nicht klar, ob die andere Gruppe sich auf diese Bindung einlassen wird.

Der Zusammenschluß der drei wirtschaftlich maßgebenden Klassen des Landes, der Landwirte, der Industrie und der Arbeiterschaft (natürlich der „christlichen“ Arbeiterschaft), ist durch die bisher geführten Verhandlungen enger geworden. Es besteht bereits ein bestimmtes Programm, das durch die Persönlichkeit, die an der Spitze steht, bis zu einem gewissen Grade den demokratischen Charakter der neuen Regierung verleiht. Die beiden früheren gesetzgebenden Körperschaften sollen zu einer einzigen Sitzung zusammentreten und die gesetzgebende Gewalt an die Nationalversammlung übertragen, um so die Rechtskontinuität des ungarischen Verfassungslebens zu wahren.

Diese „Christlichkeit“ der neuen Regierung hindert natürlich die Rumänen nicht, ihren Raubzug fortzusetzen. Ist ihr Vorgehen doch nur von den edelsten Motiven, nämlich Bestrafung in die richtige Wege, weitab von den unchristlichen Deutschen zu leiten, diktiert, wie aus folgendem Bericht hervorgeht:

Wien, 12. August. Es wird immer klarer, daß der Vorstoß der Rumänen nach Südwest-Ungarn bis an die deutsch-österreichisch-ungarische Grenze weniger durch die in diesen Gegenden befürchteten Lawernunruhen hervorgerufen wurde, sondern darauf abzielt, Deutsch-Österreich die Möglichkeit der Angliederung von Deutsch-Westungarn zu nehmen und die Mittel vorzubereiten, um eine Volksabstimmung in diesen Landesanteilen unter entsprechenden Druck stellen zu können.

Jetzt wird auch der Wortlaut der Note der Alliierten an Rumänien bekannt.

Amsterdam, 12. August. Der Wortlaut der Note, die der Oberste Rat am letzten Freitag an die rumänische Regierung gesandt hat, ist: „Die Friedenskonferenz hat bisher noch keine direkte Antwort von der rumänischen Regierung empfangen. Die Konferenz vernimmt, daß rumänische Generale sich weigern, den Instruktionen der alliierten Generale Folge zu leisten und die Veröffentlichung des Telegramms des Vorsitzenden der Friedenskonferenz an die ungarische Regierung verhindert haben. Weiter erlauben sie ihren Soldaten, Privateigentum zu plündern und Lebensmittel und rollendes Material zu requirieren. Sie unterwerfen Budapest, wo Hungersnot herrscht, einer unnötigen Blockade und vernichteten die Eisenbahn-

linie, die von Budapest nach Wien führt, mit einem Wort, sie begehen viele Handlungen, die im Widerspruch mit den Beschlüssen der Alliierten und assoziierten Mächte und mit den ersten Prinzipien der Menschlichkeit (!) stehen. Der Oberste Rat vernimmt weiter, daß die sozialistische Regierung in Ungarn durch einen Staatsstreik erklärt, daß die Minister verhaftet worden sind, und daß die Regierung durch eine mit Erzherzog Joseph an der Spitze erstellte Regierung ist. Die Friedenskonferenz ist gezwungen, anzunehmen, daß die Rumänen beschloßen haben, die Konferenz herauszufordern und sich von den alliierten und assoziierten Mächten zu trennen. Sollte die Konferenz sich hierin irren, dann bittet sie die rumänische Regierung, diese Mitteilungen sofort zu demontieren, nicht durch Worte, sondern durch Taten, woraus öffentlich hervorgeht, daß die Rumänen die Politik, die die Konferenz beschloßen hat, annimmt und treu befolgen wird.“ Die Friedenskonferenz hat auf diese Note noch keine Antwort erhalten, dagegen sind Berichte eingelaufen, woraus hervorgeht, daß die Rumänen weiter die Bestimmungen ihres an Ungarn gestellten Ultimatum ausführen.

Reizend hört es sich an, wenn ein Raubgelle dem andern seine Vergehen vorhält. Ueberhaupt muß man die Note nicht falsch lesen. So muß es natürlich statt „erste Prinzipien der Menschlichkeit“ heißen „stärksten Interessen des Ententekapitalismus“. Und wenn die Entente sich bitter über den Sturz der sozialistischen Regierung beklagt, so muß man daran denken, wie edelstehend sie die deutsche sozialistische Regierung durch übermenschlich milde, „den edelsten Prinzipien der Menschlichkeit“ entsprechende Friedensbedingungen gestützt hat. So war es doch, nicht wahr?

Die amerikanische Eisenbahnerbewegung.

Aus New York erhalten wir einen Brief vom 1. Juni. Er ist von der englischen Zensur bis jetzt zurückgehalten worden. Gleichwohl ist der Inhalt heute noch wertvoll, denn er bringt uns die Beweggründe für die amerikanische Eisenbahnerbewegung. Mit der „Weltrevolution“ haben sie, wie man sieht, nichts zu tun.

Unser Korrespondent schreibt: Die amerikanischen Eisenbahner sind jetzt (1. Juni) nach gründlicher Vorbereitung in die allgemeine Bewegung zur Verbesserung der Löhne und Arbeitsverhältnisse getreten, die die Kriegsprosperität so ausgiebig gemacht. Mehr als 1000 Delegierte der vier großen Eisenbahnerverbände (Brüderchaft der Lokomotivführer, Brüderchaft der Lokomotivführer und Heizer, Brüderchaft des Zupferpersonals, Gewerkschaft der Eisenbahnkonduktoren) befinden sich zurzeit — 1. Juni — in New York, wo sie mit den Vertretern der 325 amerikanischen Eisenbahngesellschaften über die von den Arbeitervereinigungen gemeinschaftlich aufgestellten Forderungen konfizieren.

Die Arbeiter haben vier Forderungen gestellt. Sie verlangen die Einführung des Achtstundentages, anderthalbfache Bezahlung für Ueberstunden, Bezahlung der Vorbereitungszeit und die Bezahlung der Ueberzeit nach Minuten. Die Lokomotivführer arbeiten schon meistens nach dem Achtstundentag; die Forderung des Achtstundentags berührt in der Hauptsache die Interessen des Zupferpersonals. Die anderthalbfache Bezahlung der Ueberzeit wird für alle Arbeiterkategorien verlangt. Die Bezahlung der Vorbereitungszeit bedeutet, daß ein Lokomotivführer, dessen Dienstzeit z. B. die halbe Stunde Vorbereitungszeit befaßt werden soll, was jetzt nicht geschieht. Die Bezahlung der Ueberzeit nach Minuten soll folgenden Uebelstand beseitigen. Wenn heute ein Arbeiter 60 Minuten Ueberzeit machen muß, so wird er dafür nicht bezahlt, da die Gesellschaften nur nach Stunden rechnen. Die Achtstundentagsforderung bedeutet natürlich, daß für die acht Stunden Arbeit derselbe Lohn bezahlt werden muß, der jetzt für 9 und 10 Stunden bezahlt wird. Das Personal der Personenzüge würde durch die Bewilligung der Forderung wenig gewinnen, um so mehr aber die 350 000 Arbeiter, die auf Güterzügen beschäftigt werden.

Die Eisenbahngesellschaften sehen den Forderungen der Arbeiter den heftigsten Widerstand entgegen. Sie erklären, daß die Bewilligung der Arbeiterforderungen die Gesellschaften 100 bis 150 Millionen Dollar im Jahre kosten würde, die schließlich das Publikum zu bezahlen hätte. Das ist natürlich nicht

richtig, denn die Gesellschaften können ihre Tarife nicht willkürlich erhöhen, und es ist fraglich, ob die Zwischenstaatliche Kommission angesichts der riesigen Mehreinnahmen, die die Eisenbahnen in diesem Jahre haben, einer Tarifierhöhung zustimmen würde.

In allen Eisenbahnstationen sieht man Plakate, auf denen die Unternehmer dem Publikum Angst vor einem allgemeinen Eisenbahnerstreik einzujagen versuchen. Auf den Plakaten wird nachgewiesen, wie hoch der Anteil der Arbeiterschaft an dem Einkommen der Gesellschaften in den letzten Jahren war. Leider unterlassen es die Unternehmer, die Ziffern seit dem letzten Herbst anzuführen. Diese findet man jedoch in den Finanzspalten der Tagespresse, wo die monatlichen Einnahmen registriert werden. Dort kann man lesen, wieviele Linien den Verkehr nicht mehr bewilligen können; wie ihre Einnahmen um 50 und 70 Proz. gestiegen sind; wie andere, die zuvor mit einem großen Defizit arbeiteten, heute einen ebenso großen Ueberschuß aufweisen können.

Die Eisenbahner haben sich ihre Zeit gut gewählt. Ihr einmütiges Vorgehen sollte ihnen zum Siege verhelfen. An der Börse reagierten die Eisenbahnaktien nur vorsichtig auf die Nachrichten von der großen Prosperität der Linien. Daraus kann man schließen, daß man Zugeständnisse an die Arbeiter für unausweichlich hält. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß es die Gesellschaften auf einen Generalstreik werden ankommen lassen.

Sozialdemokratische Partei für Westpolen.

In Bromberg fand am Sonntag ein sozialdemokratischer Parteitag statt, zu dem Vertreter aus den Gebieten erschienen waren, die an Polen abgetreten werden sollen. Es handelte sich um die Gründung einer Organisation für diese Gebiete, die mit der Abtrennung vom Deutschen Reiche in Kraft treten soll. Parteisekretär Gehl-Danzig hielt einen einleitenden Vortrag und empfahl die Gründung. Ein Vertreter aus dem polnischen Gebiet schilderte die dortigen Verhältnisse. Bei den polnischen Landtagswahlen ist die deutsche und polnische sozialdemokratische Partei zusammengegangen. Infolge dessen wurden die Sozialdemokraten beider Nationalitäten verjagt.

Alle Redner empfahlen die Gründung einer sozialdemokratischen Partei und ein Zusammengehen mit der polnischen sozialdemokratischen Partei. Die Partei wurde gegründet unter dem Namen „Sozialdemokratische Partei“. Aufgenommen werden deutsche und polnische Personen, die auf dem Boden des Erfurter Programms stehen. Die Satzung wurde angenommen, der Vorstand gewählt. Sitz der Partei ist Bromberg.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die heute am 10. August in Bromberg tagende Konferenz der sozialdemokratischen Vereine für die an Polen abgetretenen Gebiete protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die unerhörten Unterdrückungsmaßnahmen des obersten polnischen Volkstages gegenüber den polnischen und deutschen Sozialisten in Polen. Insbesondere protestieren wir gegen die fortwährenden Verfolgungen, Verhaftungen und Internierungen unserer führenden Genossen, gegen die Unterbindung der Versammlungen und Redefreiheit und alle von widerlichsten Polizeigeist erfüllten Schikanen. Die Konferenz spricht den im besetzten Gebiet tätigen Genossen ihre volle Sympathie und Anerkennung aus. Wir versprechen alles nur Mögliche zu tun, um diesen Genossen im politischen Kampfe beizustehen. Wir verlangen volle Gleichberechtigung auch in Polen. Gestützt auf die Tatsachen der ökonomischen Entwicklung, werden wir auch in Polen für die Verwirklichung des Sozialismus eintreten, im Interesse der schaffenden Arbeiterklasse.“

Ein deutscher Funkpruch nach Moskau. Wie die „Dtsch. Allg. Ztg.“ meldet, hat die deutsche Regierung durch einen nach Moskau gerichteten Funkpruch gegen die entschädigungslose Enteignung deutschen Eigentums bei den vorgenommenen russischen Nationalisierungen protestiert und Entschädigungsansprüche angemeldet. Diese Maßnahme ist nur zu verständlich, denn bei der ungeheuren Größe der Auslandsbindungen, die uns durch den Frieden auferlegt sind, kann Deutschland es auf seine bescheidenen Aktien im Ausland am allerwenigsten verzichten.

Andrew Carnegie.

Ein Londoner Telegramm meldet, daß der amerikanische Milliardär Andrew Carnegie gestorben ist.

Mit Andrew Carnegie ist der ausgeprägteste Typ des amerikanischen Hochplutokraten dahingegangen. Die jäh einsehende kapitalistische Entwicklung des neuen Erdteils hat diesen Sohn eines Webers, dessen Fähigkeiten einen besseren Durchschnitt nicht übertrugen, aus der Enge seines Proletarierdaseins emporgerissen und zu den Höhen jener kapitalistischen Ullmacht getragen, wie sie nur die Kapitane des amerikanischen Wirtschaftskampfes kennen. Eines hat er sicher gehabt, ohne das er freilich nichts geworden wäre: den finanziellen Instinkt, der, an kleinen Aufgaben erprobt, zu immer kühneren Manipulationen greift. Er gehört zu den Raubrittern, den Praxos frühkapitalistischen Raubrittertums, das das heutige Amerika aus den jungfräulichen Steppen von ehemals röhrt. Spekulationen in Schlafwagen schafften ihm das Vermögen, mit dessen Hilfe er den größten Walzwerken der Welt seinen Namen aufzuprägen verstand. Dabei war er gerade Mensch genug, um seinen Arbeitern, die er untertags ausbeutete, für die Abendstunden mit Bibliotheken und anderen Gelegenheiten wirtschaftsfriedlicher Bildung zu erfreuen. Er ist auch der Verfasser einer Reihe von Büchern, in denen er das Evangelium des Reichtums, die Schöpfkraft des „Self-made-man“ predigt.

Wieviele junge Kaufleute aller Länder haben über diesen Büchern gehöhnt und den schönen Traum vom kapitalistischen Marschallstab im Tornister geträumt, bis ihnen das Leben bewies, daß die Zeit, und nur eine vergangene Zeit eines einzelnen Kontinents, Einzelne in die Höhe trug — auf Kosten einer riesigen Gesamtheit, der das Glück des Einzelnen zum Fluche wurde.

Die Unterschätzung der Pilze.

50 Millionen Kilogramm Eiweiß gehen uns jährlich für unsere Nahrung verloren, weil wir den Wert der Pilze unterschätzen. Und diese Mengenmenge würde bei einer einmaligen Ernte zu gewinnen sein. Wenn man bisher bei uns noch nie an eine planmäßige Sammlung der Pilze gegangen ist, so beruht das auf den veralteten und falschen Anschauungen, die über den Wert der Pilze als Nahrungsmittel bestehen. Die Pilze sind aber, wie Professor S. Schwegg auf Grund der neuesten wissenschaftlichen Forschungen in einem Aufsatz von „Natur und Kultur“ hervorhebt, für die Ernährung sehr viel wichtiger, als man bisher angenommen hat. Das Geheimnis der Pilzergiftung, das so viele vom Sammeln abhält, verliert dadurch an Gefährlichkeit, daß die Zahl der wirklichen Giftpilze verhältnismäßig klein ist im Verhältnis zu der Zahl der eßbaren

Pilzarten. Es gibt höchstens fünf giftige Pilzarten gegenüber etwa 200 Arten eßbarer Pilze, und eine Kenntnis dieser Giftpilze kann sich daher jeder leicht erwerben. Wenn man sodann betont hat, daß der Nährwert der Pilze bei dem hohen Wassergehalt von 80 bis 90 Prozent nicht sehr groß sein könne, so ist zu bedenken, daß andere wichtige Nahrungsmittel nicht viel weniger Wasser enthalten, so daß Gemüse durchschnittlich 89,7 Proz. und das Fleisch 76 Proz. Wasser enthält. Die Höhe des Wassergehalts kann nie den Nährwert für die Wertbemessung eines Nahrungsmittels, also auch nicht für den der Pilze abgeben. Nun ist der Eiweißgehalt bei den Pilzen im Vergleich zu anderen Nahrungsmitteln unverhältnismäßig hoch. Im getrockneten Zustand enthalten die Pilze durchschnittlich 28 Proz. reine Eiweißstoffe, eine Menge, die dem Eiweißgehalt des frischen Fleisches gleicht. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß es sich bei den Pilzen um den getrockneten Zustand, beim Fleisch aber um die frische wasserhaltige Form handelt. Wichtiger ist es für die Beurteilung des Nährwertes der Eiweißmengen der Pilze, daß man durch Ernährungs- und Verdauungsversuche die außerordentlich günstige Verdaulichkeit der Pilze festgestellt hat. Von dem Eiweißgehalt werden durchschnittlich 76,6 Proz. verdaut. Bei den Ernährungsversuchen mit Pilzen zeigte sich, daß im ganzen durchschnittlich 85 Proz. der Pilze verdaut wurden, und zwar wurden die besten Resultate erzielt, wenn die Pilze in Form von feinem Mehl aus Trockenpilzen verabreicht wurden. Auch der Gehalt an Kohlehydraten ist bei durchschnittlich 32,7 Proz. in der Trockensubstanz sehr hoch. Jedemfalls haben wir in den Pilzen ein Nahrungsmittel vor uns, das eiweißreicher als Gemüse ist und in getrocknetem Zustande in seinem Nährwert dem Fleisch nicht allzubiell nachgibt.

Die Pilze sind aber auch ein vorzügliches Gewürzmittel, was ihre Hochschätzung bei allen Feinschmeckern beweist. Das kommt von den Aromastoffen, die sie entwickeln und durch die sie zu wertvollen Gewürzmittelstoffen werden. Die meisten dieser „Gewürzpilze“ verraten sich nach dem Trocknen ihren Gewürzcharakter, so die Totentrompete, die als Trüffelersatz zu empfehlen ist oder die Milchlingsarten. Zahlreiche Vertreter der Milchlinge und Täublinge zeichnen sich durch einen brennend scharfen Geschmack aus und sind daher berufen, Pfeffer und Paprika zu ersetzen. Für die Herstellung dieses „Pilzpeffers“ eignen sich hauptsächlich der Pfeffermischung und der Pfefferdrehling. Von den Franzosen werden als Gewürzpilze besonders die Schwimmlinge geschätzt. Ueberhaupt hat man in Frankreich der Gewürzfabrikation aus Pilzen große Aufmerksamkeit zugewendet und allein von dem unheimlichen Schwimmling für ungefähr acht Millionen Mark jährlich ausgeführt. Diejenigen wichtigsten Pilze, die nicht als Speise oder Gewürzpilze Verwendung finden können, eignen sich vorzüglich als Futtermittel für die tierische Ernährung, bei der man mit der Verwendung gemaltener Pilze als Kraftfuttermittel sehr gute Erfahrungen gemacht hat.

Flugzeuge als Wolkenbildner.

Bei der Erreichung des deutschen Höhenrekords für Flugzeuge (2210 Meter) durch Oberleutnant Diemer über Rünghen im Rai-

dieses Jahres erreichte eine lange Wolkensäule Aufsehen, die hinter dem Flugzeuge entstand und sich deutlich gegen den blauen Himmel abhob. Die von meteorologischer Seite für die Erscheinung gegebene Erklärung geht dahin, daß die Luft in der Höhe von 2000 Metern völlig staubfrei war und daher mit Wasserdampf übersättigt sein konnte. Erst die Kohlenteilchen der Auspuffpfeife lieferten dann die Anfahrerne, welche für eine Bildung von Wolkentröpfchen nötig sind, und so entstand auf der Bahn, die der Flieger zurücklegte, ein garter Wolkensstreifen von etwa 50 Kilometern Länge. Interessant ist nun aber, daß von anderer Seite ein Fall berichtet wird, in dem das Flugzeug eine vorhandene Wolke zur Auflösung brachte. Eine ganze, nur wenige Meter dicke Wolke wurde von einem Flieger durchschritten. Dabei beobachtete Prof. Schwanh in München, daß dieser Wolkenschleier von dem Flugzeug völlig aufgefressen wurde. Es war ein fesselnder Anblick, wie das Flugzeug seinen Weg in der Wolke zeichnete, der als blaue Strache in dem weißen Schleier nach fünf Minuten zu sehen war, wonach sich die Wolke langsam wieder schloß. Offenbar hat hier der Propeller des Flugzeuges auf der linken Seite der Fahrtrichtung die Luft nach auswärts geworfen, wobei diese sich dynamisch um so viel erwärmte, wie gerade nötig ist, um den Wolkenschleier zur Auflösung zu bringen. Das Flugzeug kann sich also, wie man sieht, nicht nur als Wolkenbildner, sondern auch als Wolkentrefser betätigen.

Notizen.

— Theater. Koll Laubners Drama „Bahnschaffe“ heißt das erste moderne Werk, das Max Reinhardt für das große Schauspielhaus zur Aufführung in der kommenden Spielzeit erworben hat. — Im neuen Operettenhaus findet am 12. August die 76. Aufführung der Operette „Die Dame vom Circus“ statt.

— Musik. Professor Arnold Koje und Generalmusikdirektor Bruno Walter werden an drei Abenden der kommenden Saison sämtliche Violin-Sonaten von Beethoven zum Vortrag bringen. Erster Abend am 19. September. Karten von Freitag ab.

— Die Heimatwanderer (Allgem. Wärf. Touristenbund) versenden solchen kostenlos ihre neuesten Druckschriften, in denen die Bedeutung des Jugendwanderns und einer Emporführung des Wanderns dargelegt wird. (Geschäftsstelle: Georg Schulze, SO. 16, Franzstr. 6.)

— Die größte Wärmanlage der Welt. Nach einer amerikanischen Fachzeitschrift soll die größte Wärmanlage der Welt die der Ratinektion der Vereinigten Staaten in Michigan-See sein. Für die Beheizung dieser Anlage sind nicht weniger als 1400 Personen erforderlich, die in achtstündigen Schichten Dienst tun. Auf der Station gibt es 190 Dampfesseln, jeder von etwa 118 Quadratmeter Heizfläche, so daß die Heizfläche der ganzen Anlage etwa 22 490 Quadratmeter beträgt. Wenn man die Kessel hintereinander aufstellte, gäbe es eine 1148 Meter lange Reihe; stellte man sie nebeneinander, so wäre die Frontlänge dieser Batterie 330 Meter. Die Oberfläche der Radiatoren beträgt etwa 226 168 Quadratmeter; wollte man sie mit der Bahn besenden, so wären 400 vollbeladene große Güterwagen erforderlich.

